

RUSSLAND

Gewerkschaftsmonitor

März 2020

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Mit den Präsidentschaftswahlen 2018 wurden erstmals seit vier Jahren soziale und wirtschaftliche Fragen in Russland wieder wichtiger als die Außenpolitik. Der mobilisierende Effekt der Krim Annexion nahm deutlich ab und die Zustimmungsraten sind aufgrund der wirtschaftlichen wie sozialen Lage im Land deutlich gesunken. Am deutlichsten erkennbar ist dies beim Vertrauen in die Regierung und in Präsident Putin, dem nur noch 35 Prozent der Bevölkerung in einer Umfrage des Levada-Instituts im Januar 2020 ihr Vertrauen aussprachen. Damit sank das Vertrauen gegenüber dem Präsidenten um die Hälfte innerhalb der letzten zwei Jahre.

Das Jahr 2019 war stark von der politischen Diskussion um die Nachfolge im Amt des Präsidenten, da gemäß der Verfassung Putins letzte Amtszeit 2024 enden würde.

Im Januar 2020 verkündete Präsident Putin überraschend, dass die Verfassung der Russischen Föderation einige Änderungen erfahren wird. Kurz danach trat Ministerpräsident Medwedjew und damit die gesamte russische Regierung zurück (einige Minister wurden kurz danach wieder eingestellt). Diese Änderungen befeuerten Spekulationen über die zukünftige Rolle, die Präsident Putin möglicherweise in einer anderen, durch die Änderungen gestärkten Institution spielen könnte (darunter die Variante, dass Präsident Putin in den Staatsrat oder Föderationsrat wechseln könnte). Offiziell wurde jedoch immer wieder berichtet, dass es vor allem um eine Stärkung des Parlaments gehe. Am 10. März wurde jedoch in der Duma ein von Valentina Tereschkowa, erste Kosmonautin im All, eingebrachter Vorschlag angenommen, der die Amtszeiten aller Präsidenten auf Null zurücksetzt. Die Geschwindigkeit dieser konstitutionellen Änderungen ist beispiellos. Innerhalb weniger Tage wurden sowohl von der Duma, allen 85 Regionen Russlands als auch vom Verfassungsgericht alle vorgeschriebenen gesetzlichen sowie juristischen Hürden zur Verfassungsänderung genommen. Das bedeutet, dass Putin

auch nach 2024 verfassungsrechtlich für weitere 12 Jahre Präsident bleiben kann.

Außerdem ist im Rahmen der Änderungen geplant, dass unter anderem die russische Verfassung über internationale Abkommen gestellt, die Bedeutung der Religion mit in die Verfassung aufgenommen und die Ehe als ein ausschließliches Vorrecht von Mann und Frau verankert werden.

Die rasante Entwicklung der Dinge kam für alle überraschend, da viele Beobachter mit einer langfristigen Strategie zur Machtkonsolidierung über die nächsten Jahre gerechnet haben. Am 22. April soll es eine Abstimmung geben, die aber wahrscheinlich eine reine Vorzeigefunktion besitzt und die Ergebnisse der Verfassungsänderung kaum beeinflussen wird. Die Opposition hatte aufgrund der Schnelle der Entscheidungen keine Zeit, sich zu konsolidieren und eine Gegenkampagne zu starten. Zusätzlich fallen diese Änderungen mit der Corona Krise zusammen, weswegen momentan das Versammlungsrecht weiteren Einschränkungen unterliegt. Damit wurden bedeutende Möglichkeiten die Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Lage auszudrücken, unterbunden.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Nach einer Rezession in den Jahren 2015/16 erholten sich die makroökonomischen Kennzahlen für Russland wieder. 2018 und 2019 konnte jeweils ein moderates BIP Wachstum von 2,3 bzw. 1,1 Prozent erzielt werden, die Staatsverschuldung ist verhältnismäßig gering (ca. 13,8 Prozent des BIP) und der Nationale Wohlfahrtsfond wurde wieder angefüllt. Für 2020 wurde ursprünglich vom IWF ein Wachstum von 1,9 Prozent vorhergesagt. Von der makroökonomischen Stabilisierung spüren die normalen Haushalte in den letzten Jahren wenig: Die Realeinkommen steigen zwar seit 2016 wieder, die real verfügbaren Einkommen sanken aber bis einschließlich 2018. Erst 2019 kam es wieder zu einem Anstieg von 0,8 Prozent. Der Grund hierfür ist vor allem, dass die staatlichen Transferleistungen wie bspw. die Rente langsamer steigen als die In-

flation. Die offizielle Arbeitslosigkeit insgesamt bleibt zwar weiterhin relativ gering, dies liegt aber insbesondere auch an einer weit verbreiteten Praxis in Russland, dass insbesondere staatliche und staatlich kontrollierte Unternehmen selbst bei schlechter Auftragslage keine Entlassungen vornehmen und stattdessen Löhne vorenthalten oder Arbeiter_innen in Kurzarbeit schicken.

Angesichts der weltweiten Corona-Krise und des Zerwürfnisses zwischen Saudi-Arabien und Russlands bei den OPEC+ Verhandlungen, welche zu einem starken Einbruch des Ölpreises geführt haben, und dem Wertverlust des Rubels, ist eine weitere Erholung der russischen Wirtschaft mehr als fraglich. Die russische Regierung wird dieses Jahr einen großen Teil der angesparten Reserven des Nationalen Wohlfahrtsfonds antasten müssen, um die Krise zu überbrücken. Die durch den schwachen Rubelkurs zu erwartenden Teuerungen bei den Importen werden zu Lasten der realen Einkommen gehen. Somit ist auch 2020 keine Verbesserung der Lebenssituation bei den meisten russischen Bürger_innen zu erwarten.

Dabei bleibt Russland eines der ungleichsten Länder weltweit (Platz 57/180 beim Gini Index). 2015 verdienten in die reichsten 10 Prozent 46 Prozent des Gesamteinkommens. Laut einer Studie der Moskauer Higher School of Economics von 2019 sind es sogar 89 Prozent des Gesamtvermögens des Landes, die sich auf 3 Prozent der reichsten Bevölkerung verteilen.

Die Ungleichheit, die größtenteils in den 1990er Jahren entstand, wird durch die Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Händen von Oligarchen, weitverbreitete Korruption (im »Corruption Perception Index« von Transparency International belegt Russland Platz 137 von 180) und ein Steuersystem, welches Besserverdiener privilegiert, verstärkt. Außerdem leben immer noch mehr als 10 Prozent der Russen unterhalb der nationalen Armutslinie. Das Prozedere der Anmeldung beim Arbeitsamt ist zu aufwendig für die minimale Unterstützung, die man davon bekommt. Deswegen ziehen ca. 15,4 Millionen Russen informelle Beschäftigung vor, wodurch dem russischen Staat geschätzt mehr als 7 Milliarden Euro jährlich an Steuern entgehen.

Die sozialen Entwicklungen wirken sich auf die Einschätzungen der Bevölkerung aus: 55 Prozent der Russ_innen sehen Preissteigerungen als akutes Problem an, 39 Prozent Korruption und 27 Prozent die hohe Ungleichheit. Gleichzeitig sind mehr als die Hälfte (57 Prozent), unzufrieden, dass die russische Regierung es nicht schafft, die Preiserhöhungen und Lohnsenkungen zu verhindern und 43 Prozent, dass sie es nicht schafft, ein soziales Sicherungsnetz zu schaffen. 45 Prozent der Befragten gaben an, dass Präsident Putin es in seiner Amtszeit nicht schaffte, die ungleiche Einkommensverteilung zu verbessern (alle Zahlen stammen vom Levada Institut). Auf die zunehmende Unzufriedenheit versuchte der Kreml mit den »Mai-Dekreten« zu reagieren. Die Dekrete definieren nach der Präsidentschaftswahl traditionell die Regierungspolitik der nächsten Legislatur und waren 2018 klar auf die sozialen Belange der Bevölkerung ausgerichtet und deutlich durchdachter als noch 2012.

Dennoch ist derzeit das Leitmotiv der Wirtschafts- und Haushaltspolitik eher die Vorbereitung auf neue Konflikte mit dem politischen Westen und damit eine Konsolidierung der Staatsfinanzen. In dieser Logik muss man die Anhebung des Rentenalters für Männer um fünf auf 65 Jahre und für Frauen um acht auf 63 Jahre sowie eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 18 auf 20 Prozent sehen. Beide Maßnahmen haben dafür gesorgt, dass 2019 das verfügbare Einkommen nicht abnahm. Ein wirklicher Zuwachs war jedoch auch nicht zu verzeichnen (0,8 Prozent).

Die Proteste zur Rentenreform führten zu einem kurzfristigen Aufschwung der landesweiten Protestbewegungen. Die Reformen wurden mit marginalen Änderungen trotzdem durchgesetzt und damit wurde das Thema fallen gelassen.

Zu den oben genannten Problemfeldern kommen noch weitere hinzu: Russland steht wie viele andere Länder auch vor einer riesigen demographischen Herausforderung: Die Zahl der Arbeitskräfte nahm bereits von 2005 bis 2018 um 7 Millionen ab, in den nächsten 20 Jahren werden es nochmal 8 Millionen weniger. Die Lebenserwartung steigt zwar, trotzdem sterben immer noch mehr als ein Drittel vor Erreichung des Rentenalters. Die Zahl der Russ_innen, welche ihr Land verlassen möchten, ist zwar weiterhin relativ gering, trotzdem hat sich die Zahl zwischen 2012 und 2016 verdreifacht. In einer Gallup-Umfrage von Anfang 2019 sagten 20 Prozent aller Befragten und 44 Prozent der Befragten zwischen 15 und 29 Jahren, dass sie Russland verlassen würden, wenn sie könnten.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die Zivilgesellschaft in Russland ist insbesondere nach 2012 mit der Verabschiedung des sogenannten »Agenten-Gesetzes« in einer schwierigen Situation. Gewerkschaften fallen (genauso wie Kirchen) jedoch eigentlich nicht unter diese einschränkenden Gesetze, bisher müssen sie also nicht ihre Finanzen in gleichem Maße offenlegen und laufen keine Gefahr, als »ausländische Agenten« deklariert zu werden. Anfang 2018 wurde dennoch die Gewerkschaft MPRA (Interregionale Gewerkschaft Arbeiter-Allianz) von einem Gericht in St. Petersburg mit Verweis auf Grundlage des »Agenten-Gesetzes« verboten. Die vorgeworfene illegale Finanzierung betraf Zuwendungen, welche die MPRA vom globalen Branchendachverband IndustrieALL bezieht. Im Mai 2018 wurde die Entscheidung vom Obersten Gericht zwar wieder zurückgenommen. Dennoch war der Versuch deutlich zu erkennen den Gewerkschaften die Grenzen ihres Handlungsbereiches zu verdeutlichen.

Die MPRA hat ihren Ursprung in einem Arbeitskampf in einer neugebauten Ford Fabrik bei St. Petersburg in 2005. Dieser Arbeitskampf entwickelte eine Strahlkraft weit über die Ford Fabrik hinaus und inspirierte mehrere andere Streiks insbesondere in anderen neuen Automobilfabriken. Die MPRA forderte eine Änderung des Art. 134 des Arbeitsrechtgesetzes, welcher nach Meinung der MPRA privaten Firmen ein Schlupfloch bietet, die Lohnhöhe nicht der Inflation anzupassen.

**GEWERKSCHAFTEN IN RUSSLAND –
FAKTEN UND DATEN**

HISTORISCHE ASPEKTE

In Russland kam es nach dem Ende der Sowjetzeit, wie in vielen Staaten der ehemaligen Sowjetunion, zu einer Legitimitätskrise und damit einhergehend, zu einem Mitgliederschwund. Die FNPR, der formell größte Dachgewerkschaftsverband Europas, hat zwar immer noch beachtliche 28 Millionen Mitglieder, hatte aber 1993 noch fast 60 Millionen Mitglieder. Zwischen 1992 und 1999 verließen ca. 3 Millionen Arbeiter_innen pro Jahr die Gewerkschaften. Die KTR, der zweitgrößte Gewerkschaftsdachverband, entstanden aus der Zeit des sowjetischen Arbeiter_innenaktivismus von 1998–1993 und 1995 offiziell gegründet, konnte davon jedoch kaum profitieren. Die Gewerkschaften waren in dieser Phase der weitreichenden sozialen, politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesse nicht in der Lage, ihre Mitglieder zu halten und genügend Gründe zu liefern, wieso eine Mitgliedschaft von Vorteil ist. Die Gründe hierfür sind zahlreich: Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder wurde künstlich hochgehalten und während die Vorgängerorganisation der FNPR, der Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften (WZSPS), noch die Funktion hatte, zusätzliche Sozialleistungen für seine Mitglieder bereitzustellen, konnte die FNPR diesen Funktionsverlust nicht kompensieren. Gleichzeitig schaffte sie es nicht, sich im neu entstehenden Privatsektor zu etablieren. Diese Krise konnte auch nach der Jahrtausendwende nicht überwunden werden, stattdessen positionierte sich die FNPR immer stärker als regierungsnah und bleibt auch heute noch weit davon entfernt, eine treibende oppositionelle Kraft zu sein.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Trotz ihrer staatsnahen und meist unkritischen Rolle innerhalb der russischen Gesellschaft ist die FNPR (mit Ausnahme der orthodoxen Kirche) die mitgliederstärkste zivilgesellschaftliche Organisation Russlands. Als Nachfolgeorganisation des WZSPS übernahm sie von letzterem die Struktur, die Mitglieder sowie die Vermögenswerte. Insbesondere durch den hohen Wert der Immobilien besitzt die FNPR weitaus mehr finanzielle Mittel als andere zivilgesellschaftliche Organisatio-

nen. Die FNPR ist dualistisch organisiert (nach den Strukturen des WZSPS und den russischen administrativen Ebenen folgend): Auf der untersten Ebene sind die Gewerkschaften auf Betriebsebene organisiert, auf höheren Ebenen durch 1) regionale Branchengewerkschaften und nationale Branchengewerkschaften oder 2) als Gewerkschaft auf städtischer oder Distriktebene und regionaler Ebene. Insgesamt hat die FNPR mehr als 120 Mitgliedsgewerkschaften, davon sind mehr als 40 sektorale oder Branchengewerkschaften und 80 regionale Organisationen. Somit sind fast alle Wirtschaftszweige sowie Regionen repräsentiert. Überrepräsentiert sind große Firmen und der öffentliche Sektor. Der Vorsitzende der FNPR ist seit 1993 Mikhail Shmakov.

Der zweite große Gewerkschaftsdachverband ist die KTR. Offiziell 1995 gegründet sammelt sie unter ihrem Dach hauptsächlich sogenannte »alternative« Gewerkschaften, welche ihre Ursprünge meistens nicht in der Sowjetzeit haben. Mittlerweile sind mehr als 20 Mitgliedsorganisationen in mehreren Branchen mit insgesamt ca. 2 Millionen Mitgliedern in der KTR organisiert. Im Gegensatz zur FNPR hat die KTR jedoch keine regionalen Strukturen und basiert auf Mitgliedschaften von Betriebsgewerkschaften. Während die FNPR schon in ihrer Anfangszeit zwischen Unterstützung und Adaption zur staatlichen Macht und der Unterstützung der Arbeiter_innen hin und her gerissen war, war bei der KTR von Anfang an der Streik ein probates Mittel zur Umsetzung der Interessen der Arbeiter. Die KTR hatte in ihrer Mobilisierung besonders in der neu entstehenden Automobilindustrie Erfolg und die Proteste der MPRA brachten ihr teilweise ein neues Momentum. Einen weiteren Erfolg erzielte die Gewerkschaft des Gesundheitspersonals »Aktion«, die durch Streiks in verschiedenen Regionen die Sichtbarkeit der Gewerkschaften erhöhte und in Folge zu einer landesweiten Gewerkschaft wurde. Insgesamt nimmt die KTR eine deutlich kritischere Haltung als die FNPR ein.

Beide Dachverbände leiden jedoch unter Mitgliederschwund. Nach der Sowjetzeit musste die FNPR ihre Rolle erst neu definieren und leidet unter einem Bedeutungsverlust. Bis heute ist im neu entstehenden Privatsektor ein großer Teil der Bereiche ohne gewerkschaftliche Vertretung. Die durchschnittliche Gewerkschaftsdichte liegt bei ca. 32 Prozent, in Staatsunternehmen ist sie bei 82 Prozent, im Privatsektor bei 20 Prozent oder weniger.

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Russland

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Федерация Независимых Профсоюзов России, ФНПР (Föderation der unabhängigen Gewerkschaften Russlands, FNPR)	Vorsitz: Mikhail Viktorovich Shmakov	27.800.000	IGB, PERC
Конфедерация трудá России – КТР (Konföderation der Arbeit Russlands, KTR)	Vorsitz: Boris Evgenievich Kravchenko	2.105.000	IGB, PERC

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Russland

Branchen bzw. Einzelgewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Межрегиональный профсоюз «Рабочая ассоциация» – МПРА (Interregionale Gewerkschaft »Arbeiter-Allianz« – MPRA)	KTR	Vorsitz: Aleksej Etmano	8.000	IndustrieAll
Федеральный профсоюз авиационных диспетчеров России – ФПАД России (Föderale Gewerkschaft der Fluglotsen in Russland – FPAD)	KTR	Vorsitz: Kovalev Sergej Anantoljevich	15.000	ITF
Межрегиональный профсоюз «Новопроф» (Interregionale Gewerkschaft »Novoprof«)	KTR	Vorsitz: Milyh Ivan Aleksandrovich	5.000	IUF
Межрегиональный профсоюз работников здравоохранения, МПРЗ «Действие» (Interregionale Gewerkschaft des Gesundheitspersonals, MPRZ »Aktion«)	KTR	Vorsitz: Ekaterina Chazkaja Stv. Vorsitz: Andrej Konoval	2.000	
Профсоюз Работников Агропромышленного комплекса АПК РФ (Gewerkschaft der Landarbeiter der Russischen Föderation, АПК РФ)	FNPR	Vorsitz: Abdulloeva Elena Aleksandrovna	4.000	
Российского Профсоюза Работников Промышленности РОСПРОФПРОМ (Russische Gewerkschaft der Industriearbeiter ROSPROFPROM)	FNPR	Vorsitz: Chekmenev Andrej Ivanovich	323.000	
Общероссийский профессиональный союз работников нефтяной, газовой отраслей промышленности и строительства – НГСП (Allrussische Berufsgewerkschaft der Arbeitnehmer in der Öl-, Gasindustrie und im Baugewerbe, NGSP)	FNPR	Vorsitz: Korchagin Aleksandr Victorovich	keine Angaben	GCTU IndustriAll
Горно-металлургический профсоюз России – ГМПР (Gewerkschaft Bergbau und Metallurgie Russlands, GMPR)	FNPR	Vorsitz: Aleksej Alekseevich Bezymjannyh	450.000	IGMetall

Auch in den kommenden Jahren, im Kontext der großen Protestwellen der Post-Sowjetzeit, schafften es die Gewerkschaften nicht, sich als relevanter Akteur für einen progressiven gesellschaftlichen Wandel und treibende oppositionelle Kraft zu etablieren. Zwar entstanden während der frühen Jahre des Umbruchs (1988–1993) aus den Streiks der Arbeiter_innen teils neue Gewerkschaften, die sich später unter dem Dach der KTR vereinigten. Bei den Massenprotesten von 1996–1998, in denen bis zu 20 Millionen Menschen im Kontext der Krise für ihre Löhne demonstrierten, spielten die Gewerkschaften trotzdem eher eine Randrolle, obwohl sie die Forderungen offiziell unterstützten. 2005, nach der Einführung eines Gesetzes, welches viele Sozialleistungen moneta-

risierte, z. B. freier öffentlicher Nahverkehr, kam es vor allem in St. Petersburg und Moskau zu großen Protesten. Auch bei dieser Auseinandersetzung waren die Gewerkschaften kaum wahrnehmbar. Ähnlich war es bei den Protesten von 2011, wo erstmals eine liberale Mittelschicht auf die Straße ging und demokratische Reformen verlangte. Hier stellte sich die FNPR sogar klar auf die Seite von Präsident Putin.

2006–2008 und 2010–2013 können hierbei als eine Ausnahme angesehen werden. Während dieser beiden Phasen starken Wirtschaftswachstums kam es zu prozyklischen Protesten für Lohnerhöhungen, die teilweise Erfolg hatten. Die Arbeiter_innen konnten ihre Verhandlungsmacht ausnutzen

und in einigen Streiks, vor allem unter den alternativen Gewerkschaften, Lohnerhöhungen erreichen. Trotzdem war dieses Momentum der Gewerkschaften von kurzer Dauer und die alternativen Gewerkschaften schafften es nicht ihre Position zu verbessern.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Russland hat traditionell formell einen starken Arbeitnehmer_innenschutz. Es gibt einen Mindestlohn (wobei dieser in manchen Regionen knapp dem Existenzminimum entspricht), Befristungen sind nur als Ausnahme gestattet und für Kündigungen muss es immer einen Grund geben. Der Kündigungsschutz ist stark, Arbeitnehmer_innen dürfen nicht gekündigt werden während sie krank sind oder im Urlaub, und auch Schwangere, Mütter von jungen Kindern und freigestellte Gewerkschaftsmitglieder stehen unter stärkerem Schutz. Dazu gehörten nach dem Ende der Sowjetunion auch die Rechte der Gewerkschaften. Die Grundlage für deren Rechte bildet das Gesetz über Gewerkschaften, ihren Rechten und Garantien ihrer Aktivitäten von 1996. Dies besagt, dass die Gewerkschaften unabhängig von allen Ebenen (national bis lokal) der Exekutive sind. Die zweite, mittlerweile relevantere rechtliche Grundlage für die Gewerkschaftstätigkeiten bildet das Arbeitsrechtsgesetz von 2002. Dieses wurde anfangs von den beiden größten Gewerkschaftsdachverbänden (FNPR und KTR – erstere wird als regierungsnah eingestuft, letztere verhält sich eher oppositionell zur Regierung, für weitere Details s. u.) abgelehnt, insbesondere da es das Recht zu streiken stark einschränkt. Nach längeren Verhandlungen stimmte die FNPR diesem Gesetz jedoch trotzdem zu und »tauschte« es gegen eine Mehrheitsklausel ein, die der FNPR eine privilegierte Stellung bei Tarifverhandlungen einräumt (siehe unten). Auch nach 2002 wurde die Arbeitsgesetzgebung mehrfach geändert, meist restriktiver Natur. Dies geschah entweder durch Ergänzungen im Arbeitsrechtsgesetz, durch Änderungen bei den Durchführungsbestimmungen oder durch eine geänderte praktische Anwendung bei den Behörden. Die Gewerkschaften beschwerten sich daraufhin mehrmals bei dem Ausschuss für Vereinigungsfreiheit der ILO, die daraufhin Empfehlungen an Russland zur Verbesserung der Situation weitergab. Dies hatte jedoch keine Änderungen zufolge, obwohl Russland alle wesentlichen ILO Konventionen ratifizierte.

Die rechtliche Situation macht es für die Gewerkschaften sehr schwierig legal zu streiken. Das staatliche Statistikamt Rosstat erfasste für 2016 genau 3 Streiks mit weniger als 100 beteiligten Personen. Dabei werden jedoch bei weitem nicht alle Streiks erfasst, sondern nur diese, die von den Arbeitgebern gemeldet wurden und als legal galten. Das Zentrum für Sozial- und Arbeitsrechte zählte für 2016 419 Streiks. Aber auch hier ist die Anzahl der Streiks rückläufig: in den ersten sechs Monaten 2018 waren es 122 (2017:170; 2016: 193). Die vom Centre for Social and Labour Rights (CSLR) aufgezählten Proteste beinhalten verschiedene Protestformen: Gerichtsstreitigkeiten, Proteste außerhalb der Firmen, Beschwerden bei Institutionen und eine komplette oder teilweise Arbeitsniederlegung (was klassisch als Streik verstanden

wird). Die Anzahl der Arbeitsniederlegungen lag im ersten Halbjahr 2018 bei 58 und blieb in den letzten Jahren insgesamt relativ konstant.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

In Russland sind tripartite Strukturen eigentlich vorgesehen. Die meisten Tarifverhandlungen finden auf Betriebsebene statt (obwohl sie prinzipiell auch auf sektoraler, regionaler, interregionaler und nationaler Ebene stattfinden können). In Russland gibt es keine Pflicht, einer bestimmten Gewerkschaft beizutreten, und so gibt es bis auf Betriebsebene Konkurrenz unter den Gewerkschaften. Hier besitzt die FNPR aufgrund der Majoritätsklausel einen klaren Vorteil. Sie besagt, dass wenn die Gewerkschaften das Recht haben sich an den Tarifverhandlungen zu beteiligen (wenn sie mehr als die Hälfte der Mitarbeiter_innen als Mitglieder haben), sich die Mitarbeiter_innen jedoch auf mehrere Gewerkschaften aufteilen, dann müssen sich die Gewerkschaften auf eine Position einigen. Können sie das nicht, fällt die Verhandlungsmacht automatisch der stärksten Gewerkschaft zu. Dies ist in den meisten Fällen weiterhin die FNPR.

Die Verhandlungen auf territoriale Ebene (v. a. regional und interregional) laufen bilateral ab, da es keine Arbeitgebervereinigung gibt, die das Recht hat, sich in den tripartiten Strukturen an den Verhandlungen zu beteiligen. Ähnlich sieht es aus bei sektoralen Verhandlungen. In über der Hälfte der Branchen gibt es keine Arbeitgebervertretung. Wenn es auf regionaler oder sektoraler Ebene Vereinbarungen gibt, sind diese meist allgemeiner Natur und bei Nichteinhaltung gibt es kaum Konsequenzen zu befürchten.

Auf Betriebsebene finden daher mit großem Abstand die meisten Verhandlungen statt. Die Gewerkschaften haben hier auch eine wichtige Rolle bei Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmer_innen und Arbeitgeber_innen und können in Konflikten vermitteln bzw. die Rolle der Arbeitnehmer_innen stärken. Trotzdem wendet sich mittlerweile die Mehrheit der Arbeitnehmer_innen direkt an die Gerichte.

Eine Sonderrolle spielen die Verhandlungen um die Mindestlöhne. In Russland gibt es einen festgesetzten Mindestlohn auf nationaler Ebene sowie die Möglichkeit, diesen auf regionaler Ebene aufzustocken. Hier ist meistens die regionale FNPR Vereinigung der Partner. Trotz mancher Ausnahmen ist aber auch hier der Mindestlohn oft unterhalb der nationalen Armutslinie und es ist kein allgemeiner positiver Effekt der Gewerkschaften auf die Mindestlohnentwicklung zu beobachten. Dasselbe gilt für die allgemeine Lohnentwicklung: Die FNPR hat in mehr als zehn Jahren nicht eine größere Kampagne für höhere Löhne gehabt, oder in irgendeiner anderen Form ihre Mitglieder mobilisiert, von Streiks ganz zu schweigen. Die KTR hat zwar einige Erfolgsgeschichten insbesondere in der Automobilindustrie, dies scheinen jedoch eher Ausnahmen ohne einen größeren makroökonomischen Effekt zu sein. Die meisten Lohnsteigerungen sind durch Lohnerhöhungen im öffentlichen Sektor zu erklären, der Privatsektor folgt dann dieser Lohnentwicklung. Doch auch hier, trotz starker

Präsenz der FNPR, scheint die Lohnerhöhung eher durch den politischen Willen der russischen Regierung getrieben worden zu sein und nicht durch Verhandlungserfolge der FNPR.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Obwohl es in Russland viele sozialpolitische Probleme gibt und das real verfügbare Einkommen weiterhin stagniert, schaffen es die Gewerkschaften nicht, diese Unzufriedenheit zu nutzen und politisches Gewicht zu erzeugen. Insbesondere die FNPR ist in ihrer Rolle kritisch zu sehen, da sie sich in der Vergangenheit als nützlicher Akteur der russischen Regierung erwiesen hat, um Proteste in geordnete Bahnen zu lenken oder sogar aktiv die Regierung zu unterstützen. Die KTR ist trotz einzelner Erfolge in manchen Branchen zu klein, um wesentliches politisches Gewicht zu haben. Der Gesamteinfluss der Gewerkschaften bleibt allerdings weiterhin sehr gering. Die russische Regierung war beispielsweise unbeeindruckt von den Gegenprotesten zur Erhöhung des Renteneintrittsalters zu sein und das Thema ist mittlerweile auch weitestgehend wieder von der Agenda verschwunden. Arbeitnehmer_inneninteressen werden daher meistens auf Betriebsebene spontan angegangen und die Gewerkschaften verhalten sich eher reaktiv. Die Gewerkschaften werden auch im gesellschaftlichen Diskurs nicht als wichtiger Akteur wahrgenommen. In einer Umfrage des Levada Zentrums von Anfang 2019, die nach der Wichtigkeit der Institutionen in Russland fragt, wurde Gewerkschaften die unwichtigste Rolle von 17 abgefragten Institutionen zugewiesen (der Wert ist konstant über die letzten 18 Jahre). In einer weiteren Umfrage von Ende 2018, in der gefragt wird wie vertrauensvoll die Befragten die Institutionen wahrnehmen, erreichen die Gewerkschaften ebenfalls einen der hinteren Plätze (obwohl sie hier noch vor der Staatsduma, großen russischen Firmen und den politischen Parteien rangieren – das meiste Vertrauen genießen das Militär, der Präsident, der FSB und die Kirche).¹

Innerhalb Europas und der internationalen Ebene sind die Gewerkschaften gut vernetzt. Der FNPR stellt auf europäischer Ebene mit mehr als 27 Millionen Mitgliedern den größten Gewerkschaftsbund. Die FNPR übt aber durch ihre Menge an Mitgliedern Druck auf die internationalen Gewerkschaften aus, um den Eintritt der KTR Gewerkschaften in einige internationale Verbände zu unterbinden. Trotzdem konnte die KTR einige gute internationale Kontakte aufbauen. So waren die Proteste, die zur Entstehung der MPRA führten, bspw. durch brasilianische Erfahrungen inspiriert. Insbesondere in der Automobilindustrie und Gewerkschaften, die IndustriALL angehören, gibt es einen regen Austausch und internationale Gewerkschaftssolidarität.

Nadeshda Arontschik, *Referentin für Gewerkschaften, Sozial- und Wirtschaftspolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung in Russland, Moskau*

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Marc Meinardus
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de
www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

¹ Levada Zentrum 2018, <https://www.levada.ru/en/2018/10/22/institutional-trust-4/>